

Aus Bund und Ländern

Mehr als ein Drittel der Zahnärzte (Ost) jetzt niedergelassen

KÖLN. Von den rund 12 100 Zahnärzten in den fünf neuen Bundesländern haben sich bislang mehr als ein Drittel in freier Praxis niedergelassen. Allerdings schwankt die Quote der Niederlassung in den einzelnen Ländern stark.

Nach Angaben der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) sind in Sachsen-Anhalt mehr als die Hälfte der Zahnärzte bereits in freier Praxis tätig. In Berlin dagegen arbeiten nur 18 Prozent als niedergelassene Kassenzahnärzte. In Thüringen sind es 44,5, in Brandenburg 36,7, in Sachsen 30,3 und in Mecklenburg-Vorpommern 20,4 Prozent. 4130 niedergelassenen Zahnärzten stehen rund 8000 Zahnärzte gegenüber, die im Angestellten-Verhältnis in Gesundheitseinrichtungen beschäftigt sind. EB

Dialyseärzte lehnen Devisengeschäfte mit Organen ab

DÜSSELDORF. Der Handel mit Organen ist auch dann in schärfster Form abzulehnen, wenn er staatlich legitimiert ist. Dies stellt die Deutsche Dialysegesellschaft niedergelassener Ärzte e. V. zum Angebot des „Forschungsinstituts für Transplantologie und künstliche Organe des Gesundheitsministeriums der Sowjetunion“ an besonders zahlungskräftige Dialysepatienten aus der Bundesrepublik fest, innerhalb von drei Monaten in Moskau eine Nierentransplantation vorzunehmen.

Nach Meinung des Vorsitzenden, Dr. med. Heinrich Küttemeyer, Pforzheim, ist die Offerte, die jetzt von einem Maklerbüro in Bremen verbreitet wurde, der ethisch

nicht vertretbare Versuch eines Devisengeschäfts: „Wenn Organe wirklich so reichlich vorhanden sind, sollten sie den internationalen Zentralstellen für die Organverteilung („Eurotransplant“ in Leiden/Holland oder „Intertransplant“ in Prag) zur Verfügung gestellt werden.“ WZ

Zehn Prozent der Schwangeren rauchen zuviel Zigaretten

DÜSSELDORF. Die perinatale Mortalität im Bereich der Ärztekammer Nordrhein (7,1 Promille) liegt über dem Bundesdurchschnitt (6,4 Promille). Das ist das Ergebnis der jetzt publizierten „Rheinischen Perinatalerhebung 1989“ zur Qualitätssicherung in der Geburtshilfe, bei der rund 95 200 Geburten erfaßt wurden. Dr. Robert D. Schäfer, Geschäftsführender Arzt der Ärztekammer Nordrhein, begründete das relativ schlechte Abschneiden der Region mit dem hohen Ausländeranteil im Kammerbereich und der „Anhäufung von Perinatalzentren in Nordrhein“, in denen entsprechend ihrer Risikozuweisung die Sterblichkeit besonders hoch sei (28 Promille).

„Aufgrund der statistischen Auswertung der Geburten lassen sich Schwachstellen aufdecken, so daß die medizinische Versorgung von Mutter und Kind verbessert werden kann“, betonte Dr. Hans Georg Wolf von der Perinatologischen Arbeitsgemeinschaft Nordrhein. So liege der Anteil der Schwangeren, die mehr als zehn Zigaretten täglich rauchen, trotz aller Aufklärungskampagnen bei mehr als zehn Prozent (vgl. DEUTSCHES ÄRZTEBLATT, Heft 4/1991). „Wir müssen eben mit der Schwäche der Menschheit leben“, sagte dazu Professor Dr. Horst Bourmer, Präsident der Ärztekammer Nordrhein. Dennoch gebe es durchaus noch Möglichkeiten, die Bevölkerung besser zu informieren. Kli



Foto: Claus Günther, Bonn

Ein druckfrisches Exemplar des Jahresgutachtens 1991 des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen übergab der Vorsitzende des Rates, Prof. Dr. Michael Arnold (zweiter v. r.), Bundesministerin Gerda Hasselfeldt in Bonn. Im Palais Schaumburg, wo zur Zeit die Führungsspitze des neu formierten Bundesgesundheitsministeriums residiert, präsentierten sich die Mitglieder des Rates (v. l. n. r.): Prof. Dr. Heinz Losse; Prof. Dr. Ernst Eberhard Weinhold; Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke; Prof. Dr. Michael Arnold; Prof. Dr. Hans-Konrad Seibmann; Prof. Dr. Detlev Zöllner

Ausland

Keine Harmonisierung des Berufsrechts der freien Berufe

BRÜSSEL. Das Berufsrecht der freien Berufe wird auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft nicht „harmonisiert“ werden, erklärte der Vizepräsident der EG-Kommission, Dr. Martin Bangemann, anlässlich der Eröffnung des Brüsseler Büros der deutschen Ärzteschaft.

Bangemann teilte mit, die EG-Kommission prüfe zur Zeit, ob die Heilberufe aus dem Geltungsbereich des Richtlinienvorschlages für eine Haftung für Dienstleistungen in der Weise herausgenommen werden könnten, daß für sie eine spezielle Richtlinie vorgelegt wird, in der den spezifischen Gegebenheiten dieser Berufsstände Rechnung getragen werden soll.

Bundeswirtschaftsminister Jürgen W. Möllemann betonte in einem Grußwort, das verlesen wurde, daß das Ziel der Leistungsfähigkeit nur durch den Aufbau einer freien heilberuflichen Struktur im Beitrittsgebiet erreicht werden könne.

Der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Karsten Vilmar, erklärte in Überein-

stimmung mit dem Ersten Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Ulrich Oesingmann, daß vor allem wegen der bevorstehenden Vollendung des Binnenmarktes auch im gesundheits- und sozialpolitischen Bereich die Einbringung berufspolitischer Themen intensiviert werden soll. Er begrüßte die Absicht der EG-Kommission, die nationalen Sozialversicherungssysteme unangetastet zu lassen. EB

Peru: Warnung vor AIDS-infizierten Blutspenden

LIMA. In Peru ist jeweils eine von 700 Blutspenden AIDS-infiziert. Das erklärte Gesundheitsminister Carlos Vidal Layseca, der die Krankenhäuser und Blutbanken aufrief, die Blutspenden sehr viel strikter zu kontrollieren als bisher. Untersuchungen hätten außerdem mit Hepatitisviren infizierte Blutkonserven zutage gefördert. Nach Angaben Vidals sind in Peru bisher 142 von insgesamt 344 AIDS-Patienten gestorben. Der Minister kündigte ein landesweites Netz von Blutbanken an, mit dem eine bessere Kontrolle der Blutspenden gewährleistet werden soll. afp